

# DIE CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Sitzungsprotokolle 1972–1976

Bearbeitet von  
Joachim Wintzer und Benedikt Wintgens





Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

Vierte Reihe  
Deutschland seit 1945

*Im Auftrag der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien  
herausgegeben von*

*Winfried Becker, Hans Günter Hockerts,  
Marie-Luise Recker*

---

Band 11/VII

Herausgegeben von der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien  
sowie dem  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

---

Droste Verlag Düsseldorf

Die CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Sitzungsprotokolle  
1972–1976

Bearbeitet von  
Joachim Wintzer  
und Benedikt Wintgens



Copyright © 2021  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien e. V., Berlin  
[www.kgparl.de](http://www.kgparl.de)  
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2021  
[www.drosteverlag.de](http://www.drosteverlag.de)  
ISBN 9-783-7700-5353-7

## *Vorwort*

Mit der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Fraktion der Jahre 1972 bis 1976 präsentiert die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) eine weitere Edition, die aus der Überlieferung der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen sowie der CSU-Landesgruppe schöpfen kann. Fraktionen sind die politischen Grundeinheiten des Parlaments. Daher sind ihre Sitzungsprotokolle eine erstrangige Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kein anderes Nationalparlament in Europa verfügt über einen vergleichbar aussagekräftigen Fundus an Dokumenten über die Funktion, Arbeitsweise und Kultur politischer Parteien im parlamentarischen Betrieb – ein einzigartiger Schatz deutscher Parlamentsgeschichte.

Für die CDU/CSU standen die Jahre zwischen 1972 und 1976 im Zeichen von internen Konflikten, inhaltlicher Orientierung und personellem Neuanfang. Nach den für die Union erschütternden Ereignissen des Jahres 1972 – dem gescheiterten Misstrauensvotum und der verlorenen Bundestagswahl – mussten sich die Abgeordneten weiterhin in der ungeliebten Rolle als Opposition behaupten. Erstmals nicht mehr stärkste Fraktion im Bundestag, rangen CDU und CSU intensiv um ihren inhaltlichen und strategischen Kurs in Auseinandersetzung mit der sozial-liberalen Koalition. Auch intern drohte die Fraktion dabei immer wieder in Flügel oder Gruppen zu zerfallen, sogar der Zusammenschluss der beiden Schwesterparteien schien nicht mehr selbstverständlich. Die Sitzungsprotokolle der 7. Wahlperiode geben einen tiefen Einblick in die Debatten und Aushandlungsprozesse der aufgewählten Oppositionsfraktion, die in einer schweren Krise ihre politischen Positionen überprüfte und in einem stark polarisierten Parlament einen neuen Anlauf nahm.

Von den Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwischen 1972 und 1976 sind 165 Protokolle überliefert, die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung verwahrt werden. Für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung dieser Edition gilt ein großer Dank namentlich Dr. Michael Borchard und PD Dr. Matthias Oppermann. Bei den Mitschriften handelt es sich um zeitgenössische Übertragungen vom Tonband, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU/CSU-Fraktion mit Schreibmaschine verfasst wurden. Da der Gesamtbestand fast 6500 Seiten umfasst, musste für diesen Band eine Auswahl getroffen werden. Genauso wie alle weiteren Fraktionssitzungen der Bundestagsfraktionen seit 1949 sind aber auch die Dokumente der CDU/CSU, die nicht in dieser gedruckten Edition veröffentlicht werden konnten, unter [www.fraktionsprotokolle.de](http://www.fraktionsprotokolle.de) öffentlich zugänglich.

Grundlage der Editionsarbeit der KGParl ist die Bereitstellung zweckgebundener Mittel durch den Deutschen Bundestag. Dank der langfristig angelegten Förderung kann das Forschungsvorhaben über das Ende der »alten« Bundesrepublik 1990 hinaus bis ins Jahr 2005 (dem Ende der rot-grünen Koalition) fortgesetzt werden. Das Editionsteam der Kommission wird dabei von einem Editionsbeirat unterstützt, dem Vertreter der beteiligten Bundestagsfraktionen und der Archive der parteinahen Stiftungen sowie der Vorstand der KGParl angehören. Ihnen allen sei für ihr großes Interesse an dem Projekt und die umfassende Unterstützung herzlich gedankt.

Berlin, im März 2021

Dominik Geppert  
Vorsitzender der KGParl



*Die CDU/CSU-Fraktion im Plenum des Deutschen Bundestages, 11. Mai 1976, stehend:  
Franz Josef Strauß und Karl Carstens  
(Fotograf: Engelbert Reineke; Bundesarchiv/B 145 Bild-00114922)*

## Inhalt

Vorwort . . . . .	5*
Einleitung	
I. Die Ausgangslage: Weiter in der Opposition . . . . .	11*
II. Die Sitzungsprotokolle als Quelle der Fraktionsgeschichte . . . . .	14*
III. Die Zusammensetzung der Fraktion. . . . .	17*
1. Generationalität und Geschlecht . . . . .	18*
2. Konfession und Beruf. . . . .	23*
3. Todesfälle, Mandatsniederlegungen, Skandale. . . . .	25*
IV. Organisation und Geschäftsgewohnheiten . . . . .	29*
1. Die Vollversammlung der Fraktion . . . . .	29*
2. Der Wechsel im Fraktionsvorsitz. . . . .	33*
3. Der Fraktionsvorstand und die Parlamentarischen Geschäftsführer	43*
4. Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Planungsgruppe . . . . .	46*
5. Die CSU-Landesgruppe . . . . .	49*
V. Die Arbeit der Fraktion im politisch-parlamentarischen Umfeld . . . . .	55*
1. Das Ringen um Geschlossenheit . . . . .	55*
2. Das Verhältnis zur sozial-liberalen Koalition . . . . .	58*
3. Soziale Marktwirtschaft und das »Ende des Booms«. . . . .	61*
4. Innere Sicherheit und Linksextremismus . . . . .	64*
5. Die Debatte um den § 218 StGB . . . . .	67*
6. Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik. . . . .	71*
7. Fraktion, Unionsparteien und Bundestagswahlkampf 1976 . . . . .	75*
Hinweise – Übersichten – Verzeichnisse	
A. Hinweise zur Edition . . . . .	83*
B. Verzeichnis der Dokumente . . . . .	87*
C. Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion 1972–1976 . . . . .	93*
D. Verzeichnis der Archivalien. . . . .	118*
E. Literaturverzeichnis . . . . .	120*
F. Verzeichnis der Abkürzungen . . . . .	129*
Dokumente	
Protokolle der Fraktionssitzungen. . . . .	1
Personenregister . . . . .	925
Sachregister . . . . .	937

Die CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag  
1972–1976

*Einleitung*

---

von Joachim Wintzer  
und Benedikt Wintgens



*Fraktions Sitzung am 17. Mai 1973, im Gespräch: Richard von Weizsäcker und Ludwig Erhard  
(Fotograf: Detlef Gräfinholt; Bundesarchiv/B 145 Bild-F039716-0011)*

## I. Die Ausgangslage: Weiter in der Opposition

Das Jahr 1972 brachte in der Geschichte der CDU/CSU, die in den Augen einiger Gegner und Konkurrenten, aber auch in ihrem Selbstbild so etwas wie »die« Regierungs- und Kanzlerfraktion der Bundesrepublik Deutschland war, eine Reihe schwerer Niederlagen. Zwar hatten sich nach dem »Machtwechsel« 1969 viele in der Union zunächst Hoffnungen gemacht, die sozial-liberale Bundesregierung werde nur von kurzer Dauer sein – und zwar umso größere Hoffnung, je mehr Abgeordnete im Lauf der 6. Wahlperiode von der SPD bzw. FDP zur CDU/CSU herüberwechselten und je kleiner die parlamentarische Überzahl der Koalition wurde. Aber das im April 1972 an zwei Stimmen gescheiterte Misstrauensvotum zeigte schonungslos, dass auch die Union nicht über eine Mehrheit verfügte, um ihren Fraktionsvorsitzenden Rainer *Barzel* zum Bundeskanzler zu wählen.<sup>1</sup> Als wenig später, im Mai 1972, der Bundestag den Moskauer und den Warschauer Vertrag ratifizierte, offenbarte die nur unter Qualen erreichte mehrheitliche Stimmhaltung der CDU/CSU (mit der die Ratifikation der Ostverträge ermöglicht wurde), dass es schlecht um die innere Einheit der Opposition stand – und das ausgerechnet auf dem für sie so wichtigen Politikfeld der Ost- und Deutschlandpolitik.<sup>2</sup>

Darüber hinaus misslang am 19. November 1972 auch der Versuch der Unionsparteien, durch einen Sieg bei der Bundestagswahl, die wegen des Patts im Parlament vorgezogen worden war, in die Regierungsverantwortung zurückzukehren. Obwohl bei einer Beteiligung von 91,1 Prozent, einem bis heute unübertroffenen Rekordwert, fast 17 Millionen Zweitstimmen für CDU und CSU abgegeben wurden, konnten SPD und FDP ihren Vorsprung nicht bloß verteidigen, sondern sogar ausbauen. Auf die Parteien von Willy *Brandt* und Walter *Scheel* entfielen mehr als 20 Millionen bzw. 54,2 Prozent der Zweitstimmen. Demgegenüber waren die 44,9 Prozent für »Rainer *Barzel* und seine Mannschaft«<sup>3</sup> bei weitem zu wenig – und schon gar nicht die angestrebte absolute Mehrheit. Wie beim Misstrauensvotum erfüllte sich ein zweites Mal der sozialdemokratische Slogan: »Willy *Brandt* muss Kanzler bleiben.« Das für die Union so niederschmetternde Ergebnis hatte auch deshalb eine so klare Botschaft, weil sich die Wählerstimmen infolge der starken Polarisierung fast ausschließlich auf die beiden Bonner Lager, auf Regierung

<sup>1</sup> Zur Einbringung des Antrags auf konstruktives Misstrauen sowie zur Diskussion und Abstimmung im Bundestag am 27. April 1972 vgl. BT Plenarprotokoll 06/183, S. 10697–10714. Zum Wortlaut des Antrags der CDU/CSU-Fraktion nach Art. 67 GG vom 24. April 1972 vgl. BT Drs. 06/3380. Vgl. auch die Fraktionsitzungen am 27. April 1972, online.

<sup>2</sup> Vgl. Kathrin ZEHENDER, Einleitung, in: Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1969–1972, Düsseldorf 2016, S. 70\*–72\*; Andreas GRAU, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973, Düsseldorf 2005.

<sup>3</sup> Der von der SPD propagierten Personalisierung auf den Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger *Brandt* versuchte die Wahlkampfstrategie der CDU/CSU ein Team entgegenzusetzen, das nach drei turbulenten Jahren sozial-liberaler Koalition Kompetenz und Regierungserfahrung ausstrahlen sollte. Zum Team um den Fraktions- und CDU-Vorsitzenden *Barzel* gehörten der CSU-Vorsitzende Franz Josef *Strauß*, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Gerhard *Schröder* sowie Hans *Katzer*, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft – allesamt ehemalige Bundesminister. Vgl. Thomas MERGEL, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010; Doris GERSTL, Wahlplakate der Spitzenkandidaten der Parteien. Die Bundestagswahlen von 1949 bis 1987, Wien u. a. 2020, S. 395–292.

und Opposition, verteilten und andere Parteien am linken oder rechten Rand überhaupt keine Rolle spielten. Maximale Mobilisierung unter großem Einsatz – aber vergebens!

Während die CDU/CSU im 7. Bundestag zum ersten Mal seit 1949 nicht die stärkste Fraktion bildete, stützte sich die sozial-liberale Koalition – anders als nach 1969 – auf eine stabile Mehrheit der Abgeordneten. Für die Unionsfraktion, die sich nach dem Verlust des Kanzleramts drei Jahre zuvor vorgenommen hatte, »die beste Opposition zu sein«<sup>4</sup>, die der Bundestag je gesehen hatte, um auf diese konstruktiv-kompetitive Weise bald wieder regieren zu können, blieb in der »schwersten Stunde der Union«<sup>5</sup> die bittere Erkenntnis: vier weitere Jahre Opposition.

In der Folge standen die Jahre zwischen 1972 und 1976 für CDU und CSU im Zeichen von internen Konflikten, innerer Orientierungssuche und personellem Neuanfang. Rückblickend entsteht dadurch leicht der Eindruck einer Übergangsphase – gerade mit Blick auf die längeren Linien der Fraktions- und Parteigeschichte zwischen der Regierungszeit Konrad *Adenauers* und der 1982 folgenden Kanzlerschaft von Helmut *Kohl*. Im direkten Vergleich zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen der 6. und der 7. Wahlperiode: Nachdem die CDU/CSU-Fraktion nach 1969 fast alles daran gesetzt hatte, so schnell wie möglich an die Macht zurückzukehren – kulminierend im konstruktiven Misstrauensvotum –, musste sie nach 1972 bei aller Ungeduld lernen, sich eher mittel- und langfristige Ziele zu setzen und in der Opposition zu erneuern.

Bis zur vorgezogenen Wahl 1972 hatte sich die CDU/CSU im Bundestag das Pensum einer Regierungsfraktion gegeben. En détail hatte sie Gesetzesinitiativen oder Änderungsanträge ausformuliert, geprüft und verhandelt.<sup>6</sup> Nach dem für sie enttäuschenden Wahlergebnis beklagten nun viele Unionsabgeordnete, dass all diese Mühen politisch verpufft seien, von den Wählern nicht belohnt, möglicherweise nicht mal wahrgenommen worden seien. Perspektivisch formulierten Fraktion und Unionsparteien daher anstelle der konkreten legislativen Kompromiss- und Veränderungsangebote mit ihrem hohen internen und externen Verhandlungsaufwand die großen Alternativen. Fortan ging es um »Freiheit statt Sozialismus« und um den angestrebten Sieg bei der Bundestagswahl 1976. Zu der auch inhaltlichen Akzentverschiebung hin zu Kritik und Konfrontation trug bei, dass das Wahlergebnis von 1972 in den Unionsparteien gerade diejenigen Akteure und Gruppen gestärkt hatte, die ein klarer konservatives Profil hatten, allen voran die CSU und die hessische CDU, während die Partei im Nordwesten, vor allem in Nordrhein-Westfalen, an Boden verloren hatte.

Eine bemerkenswerte Besonderheit der 7. Wahlperiode war der Austausch des Führungspersonals bei Regierung wie Opposition. Nachdem sich der Wahlkampf 1972 auf Willy *Brandt* und Walter *Scheel*, Rainer *Barzel* und Franz Josef *Strauß* fokussiert hatte, stand vier Jahre später nur mehr der CSU-Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion im Rampenlicht der politischen Auseinandersetzung. Als erster musste der unterlegene Kanzlerkandidat *Barzel* gehen. Nach der Wahlniederlage schwer angeschlagen, gab er im Frühjahr 1973 gezwungenermaßen den Fraktions- und bald darauf den Parteivorsitz auf, nachdem eine Mehrheit der CDU/CSU eine andere Haltung zum UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten einnahm, als er vorgeschlagen hatte. Sein Nachfolger an der Spitze der Fraktion wurde Karl *Carstens*, der zwar erst ein paar

<sup>4</sup> Vgl. den Bericht *Barzels* in der Fraktionssitzung am 19. Januar 1971, online.

<sup>5</sup> Vgl. den Bericht *Barzels* in der Fraktionssitzung am 5. Februar 1973 (1. Sitzung), online.

<sup>6</sup> Vgl. Hans Günter HOCKERTS, Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz. Die Rentenreform 1972 – ein Lehrstück, in: Karl Dietrich BRACHER u. a. (Hrsg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, S. 903–933.

Monate zuvor neu ins Parlament gekommen war, aber über eine lange politische und diplomatische Erfahrung verfügte. Zum CDU-Vorsitzenden wählte die Partei den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut *Kohl*. Doch nicht nur die Opposition stellte sich im 7. Bundestag neu auf: Rund ein Jahr nach *Barzels* Sturz trat Bundeskanzler *Brandt* zurück, nachdem ein Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, Günter *Guillaume*, als DDR-Spion enttarnt worden war. Neuer Bundeskanzler wurde am 16. Mai 1974 der bisherige Finanzminister Helmut *Schmidt*. Einen Tag zuvor war schon *Scheel*, bis dato Außenminister und FDP-Vorsitzender, zum Bundespräsidenten gewählt worden; an seine Stelle im Auswärtigen Amt und in der Partei rückte Hans-Dietrich *Genscher*. So war bis zur Mitte der 7. Wahlperiode fast die gesamte Spitze sowohl der Koalitionsparteien als auch der Opposition ausgewechselt worden.

Mit der Ölpreiskrise, die im Herbst 1973 infolge militärischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten begann, endeten in der 7. Wahlperiode auf sinnfällige Weise die langen Jahre des Booms. Ohne die stolzen Wachstumsraten der »Wirtschaftswunderjahre«, die nicht zuletzt den Ausbau des Sozialstaats ermöglicht hatten, galt es nun, Mittel gegen Stagnation und Rezession, gegen steigende Arbeitslosigkeit und Haushaltsdefizite sowie die Inflation der Preise zu finden. Das waren natürlich in erster Linie Probleme für das Krisenmanagement der sozial-liberalen Bundesregierung, aber auch der Opposition stellte sich die Frage, wie sehr sie sich für fiskalische Stabilität einsetzen sollte und was sie der Koalition wirtschafts- und finanzpolitisch entgegensetzen wollte. Vor allem mochte sie es der Bundesregierung nicht durchgehen lassen, eigene wirtschaftspolitische Versäumnisse mit dem Hinweis auf externe Ereignisse wie die Ölpreiskrise zu entschuldigen.

Scharfe Kritik an der Bundesregierung übte die Union auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und in Auseinandersetzung mit dem Linksterrorismus der »Roten Armee Fraktion«. Nachdem in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs die Koalitionsfraktionen zwei Gesetzentwürfe eingebracht hatten, darunter als Mehrheitsantrag eine recht weitgehende »Fristenlösung«, setzte die Opposition dem eigene Anträge zum § 218 StGB entgegen, außerdem reichte sie Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, das die sozial-liberale Reform des Strafrechts kassierte. Insbesondere die Außen- und Deutschlandpolitik hatte einen enorm hohen Stellenwert innerhalb der CDU/CSU-Fraktion, die in der 7. Wahlperiode ein ums andere Mal von ihrer Uneinigkeit in der Entspannungspolitik belastet wurde und in verschiedene Lager auseinanderzufallen drohte.

Die Ausgangsposition aber war geprägt von Enttäuschung und Niedergeschlagenheit nach der verlorenen Bundestagswahl. Die aufgewühlte Gefühlslage wurde exemplarisch deutlich, als der Fraktionsvorsitzende *Barzel*, Jahrgang 1924, in einem »sehr persönliche[n] Bericht« an das Ende des Zweiten Weltkriegs erinnerte – daran, dass, »als ich '45 aus dem Krieg nach Köln kam«, dort bald ein Theaterstück des amerikanischen Dramatikers Thornton *Wilder* gespielt wurde, »der Titel war wichtiger als der Inhalt, ›Wir sind noch mal davongekommen‹«. Nun, Ende 1972, sei die Situation eine ganz andere. »Hätten wir die Wahl gewonnen«, so *Barzel*, »hätte ich Ihnen gesagt: Wir sind noch mal davongekommen.« Allerdings sei die Union »nicht noch einmal davongekommen«, sondern vielmehr den »Gefahren des Sozialismus und der Unfreiheit« nähergekommen, auch vor innere Zerreißproben gestellt, und »wir wären keinen Schuß Pulver wert und im Jahr '76 würde sich keiner mehr auch nur nach uns umdrehen, wenn wir nicht imstande wären, mit dieser Opposition das Größte zu verhindern und eine neue Hoffnung zu begründen.«<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. die Fraktionssitzung am 5. Dezember 1973 (1. Sitzung), online.

## II. Die Sitzungsprotokolle als Quelle der Fraktionsgeschichte

Die CDU/CSU-Fraktion war wegen ihres Anspruchs als mehrheitsfähige und mehrheitsbildende Partei, hinter deren Politik, Personal und nicht zuletzt Erfolge sich große Teile des deutschen Wahlvolks versammeln sollten, schon immer eine Organisation gewesen, in der unterschiedliche Strömungen, Interessen und Ansichten zusammengeführt wurden. Diese politische Integrationsleistung erfolgte selten konfliktfrei und nie ohne Kompromisse. Was sich im Plenum des Bundestages als ein großer Block von Abgeordneten präsentierte, war hinter geschlossenen Türen oft – aus Sicht der Fraktionsführung: allzu oft – eine heterogene Gruppe von rund 250 Politikern verschiedener Herkunft, Temperamente und Meinungen.<sup>1</sup>

Die Binnendifferenzierung der Unionsfraktion begann damit, dass sie der parlamentarische Zusammenschluss zweier selbstständiger Parteien war. Die Abgeordneten der CSU bildeten eine selbstbewusste, auch öffentlich vernehmbare Einheit, die inhaltlich, strategisch und rhetorisch in der Regel kontroversere Positionen einnahm als der Durchschnitt der CDU. Vor allem traten sie geschlossener auf als die im Vergleich weniger homogene CDU, denn die besondere bayerische Rolle überdeckt leicht, dass auch andere Landesverbände – der konservative aus Hessen, die Norddeutschen oder die zahlreichen Vertreter der gleich zwei Verbände Rheinland und Westfalen-Lippe – ebenfalls einen spezifischen Regionalcharakter und eine eigene politische Kultur ausgebildet hatten.

Neben dem föderalen Aspekt vereinte die CDU/CSU in ideengeschichtlicher Hinsicht Konservative, Liberale und Vertreter des politischen Katholizismus. Generell war die (eher soziokulturelle als religiöse) Unterscheidung von Protestanten und Katholiken, die bei anderen Parteien völlig nachrangig war, für die sich zum Christentum bekennende, aber überkonfessionelle Union eine wichtige Kategorie, die politische Prioritäten beeinflusste und personelle Netzwerke strukturierte. Auf die notorische Überzahl der Katholiken bei den Mandatsträgern reagierten die Protestanten beispielsweise mit der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises, dessen Mitglieder bisweilen auch in der Fraktion zu separaten Treffen zusammenkamen.

Berufsständisch setzten sich die Fraktionen zusammen aus Landwirten, Beamten und christlichen Arbeitnehmern sowie aus zahlreichen Vertretern der Wirtschaft, des gewerblichen Mittelstands und der Industrie. Überhaupt hatten viele Abgeordnete von CDU und CSU Verbindungen zu den unterschiedlichsten Verbänden und anderen Interessengruppen mit teils konkurrierenden Anliegen. Seit der 1. Wahlperiode hatten daher insbesondere die sozialpolitischen Gegensätze zwischen dem Arbeitnehmerflügel und der mittelstands- bzw. wirtschaftsnahen Fraktionsmehrheit nicht immer so überbrückt werden können, als dass die Union im Bundestag einheitlich abgestimmt hätte.

<sup>1</sup> Da der erste Bundestag 1949 noch nach einem anderen Wahlrecht bestimmt worden war und weniger Abgeordnete hatte, zählte die erste CDU/CSU-Fraktion »nur« 141 Abgeordnete. Seit 1953 gehörten aber immer mehr als 250 Abgeordnete zur Unionsfraktion (inklusive der Berliner Mandate) – eben bis zur Wahl 1972. Vgl. zur Geschichte der CDU/CSU-Fraktion neben den Einleitungen der sechs vorangegangenen Editionen der Sitzungsprotokolle insbesondere Hans-Peter SCHWARZ (Hrsg.), *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute*, München 2009; Marie-Luise RECKER, *Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Der Deutsche Bundestag 1949–1969*, Düsseldorf 2019, insbesondere S. 289–314.

Solange es nicht um die Kanzlermehrheit oder entscheidende Abstimmungen in der Außenpolitik ging, waren sogenannte »Abweichler« in der Geschichte der CDU/CSU-Fraktion eher die Regel als die Ausnahme. Das freie Mandat der Abgeordneten wurde nolens volens stärker geachtet, als es der jeweiligen Fraktionsführung lieb war, die auf parlamentarische Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit bedacht war. Während die SPD in der Regel einheitlich abstimmte, gelang dies der Union in ihrer Geschichte nur in rund drei von vier Fällen.<sup>2</sup> Nicht immer und automatisch war diese Vielstimmigkeit ein Krisensymptom, sondern die Kehrseite der politischen und sozialen Spannweite der Unionsparteien.

War die CDU/CSU-Fraktion also seit langem eine vielschichtige politische Gemeinschaft gewesen, gingen in der 7. Wahlperiode Ausmaß und Intensität, mit der die Konflikte in der Union geführt wurden, über das gewohnte Maß weit hinaus. Trotz – oder gerade wegen – der scheinbar eindeutigen Rolle als Opposition, die kaum Aussichten hatte, die Regierung in der laufenden Wahlperiode abzulösen, und die sich daher vor allem im Hinblick auf die nächsten Wahlen profilieren wollte, waren die Jahre zwischen 1972 und 1976 für die Fraktion eine Phase erheblicher innerer Auseinandersetzungen. Das zeigte sich nicht nur bei der normalen Konkurrenz um Ämter und Aufmerksamkeit, sondern betraf wesentliche inhaltliche und strategische Richtungsfragen. Insbesondere zwischen CDU und CSU waren die Differenzen so groß geworden, dass die bayerische Landesgruppe die Fraktionsgemeinschaft in Frage stellte.

Bei mehreren Abstimmungen fand die Union nicht zu einer gemeinsamen Haltung, sondern teilte sich in zwei etwa gleich große Hälften. Das betraf inzwischen nicht mehr »nur« die Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern vor allem die Ost- und Deutschlandpolitik, ging also an die Substanz des christlich-demokratischen Selbstverständnisses. In der 7. Wahlperiode fehlten der Kitt der Regierungsverantwortung, aber auch die knappen Mehrheitsverhältnisse der 6. Wahlperiode, die zum Zusammenhalt motiviert hatten. Niemals in der Geschichte der Unionsfraktion waren die Fliehkräfte stärker als in den Jahren der Opposition. Das zeigte sich in der 7. Wahlperiode mit voller Wucht.

Mit den klaren Mehrheitsverhältnissen nach 1972 korrespondierte das Ringen um den Kurs der Opposition. Idealtypisch zugespitzt hatte der Fraktions- und Parteivorsitzende *Barzel* in der 6. Wahlperiode versucht, mit einer komplizierten Mischung aus Konkurrenz und Kooperation die Union als die vermeintlich bessere Alternative zur SPD zu positionieren. Unbedingt wollte er verhindern, dass die Union »in die Ecke von Nein-Sagern« gestellt werden könne: »[W]ir sind hier als Handelnde bestellt«, rechtfertigte er seine Haltung noch nach der Bundestagswahl.<sup>3</sup> Möglicherweise resultierte diese Strategie der »Oppositionsregierung«<sup>4</sup> auch aus dem lange eingeübten Verhalten einer Mehrheitsfraktion, die in zwei Jahrzehnten drei Bundeskanzler gestellt und deren Bundesregierungen getragen hatte.

In der 7. Wahlperiode setzte die Fraktion unter *Carstens* demgegenüber primär – nicht zuletzt auch dem Rat der CSU-Landesgruppe folgend und dem Druck der Verhältnisse geschuldet – auf Kritik und Konfrontation. In der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der aus Sicht der Union verfehlten sozial-liberalen Politik stellte sich in jedem Bereich die »Frage, ob wir jetzt vom Taktischen her uns einen Dienst erweisen, wenn

---

<sup>2</sup> Vgl. Thomas SAALFELD, *Parteisoldaten und Rebellen. Eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag*, Opladen 1995.

<sup>3</sup> Vgl. *Barzels* Äußerungen in den Fraktionssitzungen am 21. November und 5. Dezember 1972, online.

<sup>4</sup> Vgl. die treffende Selbsteinschätzung des Abg. Elmar *Pieroth* in der Fraktionssitzung am 6. Februar 1973 (2. Sitzung), online.

wir [...] irgendeine Initiative ergreifen«, gab etwa Alfred *Dregger* zu bedenken, einer der konservativen Verfechter eines harten politischen Wettstreits: »Ich meine, wir sollten unseren Gegnern nicht die Kastanien aus dem Feuer holen.«<sup>5</sup> Diese metaphorische Redewendung findet sich insgesamt neunmal in den Sitzungsprotokollen der 7. Wahlperiode.

Beide Oppositionsstrategien hatten ihren Nachteil. Die erste war politisch sowie kommunikativ anspruchsvoll und in sich oft widersprüchlich, vor allem aber hatte sie erkennbar nicht zum Erfolg geführt, weder beim Misstrauensvotum noch am Wahlsonntag im November. Spätestens angesichts der Mehrheitsverhältnisse im 7. Bundestag war sie de facto gescheitert. Doch auch für die stärker konfrontative zweite Variante zahlte die Unionsfraktion zwischen 1972 und 1976 einen Preis: Geschwächt durch innere Konflikte, konzentrierte sie sich auf den Widerspruch zur sozial-liberalen Koalition. Was bei diesem eher reaktiven Ansatz auf der Strecke blieb, waren die strategische Erneuerung und die Entwicklung einer mittelfristigen Perspektive, um im Bund die Mehrheit zurückzugewinnen – gerade mit Blick auf einen möglichen Koalitionspartner wie die FDP, mit der die Union unter *Adenauer* und Ludwig *Erhard* jahrelang regiert hatte. Diese Richtungsentscheidungen wurden nicht (mehr) in der Bundestagsfraktion getroffen, sondern in wachsendem Maße in den Parteigremien vorbereitet und zwischen den Ministerpräsidenten der unionsgeführten Bundesländer vereinbart, allen voran vom neuen Parteivorsitzenden *Kohl* in die Wege geleitet. Die Folge für die CDU/CSU-Fraktion war ein relativer Bedeutungsverlust in der 7. Wahlperiode.

Die Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion zwischen 1972 und 1976 erlauben einen detaillierten Einblick in die Debatten einer aufgewühlten, bisweilen verunsicherten und gleichsam traumatisierten Opposition. Erkennbar werden die Konflikte und Aushandlungsprozesse zwischen den Abgeordneten, Gruppen und Strömungen auf den Feldern der Außen-, Deutschland-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Alles in allem beleuchten die Sitzungsprotokolle die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen parlamentarischer Integration und Kompromissfindung. Zugleich zeigen die Fraktionsprotokolle das breite Meinungsspektrum einer großen »Volkspartei« und ihr Ringen um den inhaltlichen sowie strategischen Kurs als parlamentarische Opposition Mitte der siebziger Jahre.

---

<sup>5</sup> Vgl. die Fraktionssitzung am 5. Februar 1973 (1. Sitzung), online.